

auf die Sorgen der Öffentlichkeit um Sicherheit, Gesundheit, nukleare Entsorgung und Nichtverbreitung einzugehen. Wir werden unsere Bemühungen bei der Entwicklung fortschrittlicher Technologien, insbesondere bei der Behandlung von abgebrannten Brennstoffen, steigern.

33.

Wir werden Schritte unternehmen, um die Möglichkeiten für wirtschaftliche Kohleförderung, Kohlehandel und Kohlenutzung zu verwirklichen und alles uns Mögliche tun, um sicherzustellen, daß eine vermehrte Verwendung von Kohle die Umwelt nicht schädigt.

34.

Wir beabsichtigen, auch dafür zu sorgen, daß wir in größtmöglichem Umfang Quellen regenerierbarer Energie entwickeln, wie beispielsweise Solarenergie, geothermische und Bioenergie. Wir werden uns für praktische Ergebnisse der bevorstehenden Konferenz der VN über neue und erneuerbare Energiequellen einsetzen.

35.

Wir sehen einer verbesserten Verständigung und Zusammenarbeit mit den ölausführenden Ländern im Interesse der Weltwirtschaft entgegen.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West

36.

Wir erörtern ferner die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West für unsere politischen Interessen und unsere Sicherheitsbelange. Wir wissen, daß es in diesen Beziehungen ein kompliziertes Gleichgewicht zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen und Risiken gibt. Wir gelangten zu der Schlußfolgerung, daß Konsultation und erforderlichenfalls Abstimmung notwendig sind, um zu gewährleisten, daß in den Ost-West-Beziehungen unsere Wirtschaftspolitik weiterhin mit unseren politischen Zielen und unseren Sicherheitszielen vereinbar bleibt.

37.

Wir haben vereinbart, uns zu konsultieren, um das gegenwärtige System zur Kontrolle des Handels mit der UdSSR in strategischen Gütern und darauf bezogener Technologie zu verbessern.

Schlußbemerkung

38.

Wir sind überzeugt, daß unsere demokratischen freien Gesellschaften den Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, gewachsen sind. Wir werden zusammen und mit allen Ländern, die im Geiste der Kooperation und Harmonie mit uns arbeiten wollen, voranschreiten. Wir sind übereingekommen, nächstes Jahr erneut zusammenzutreffen und haben die Einladung des Präsidenten der Französischen Republik angenommen, diese Begegnung in Frankreich abzuhalten. Wir wollen miteinander enge, fortlaufende Konsultationen und Zusammenarbeit fortsetzen.

Zusammenfassung des Vorsitzenden zu politischen Fragen

Ottawa, 20. Juli 1981

1.

Unsere Erörterung internationaler Angelegenheiten bestätigt unsere gemeinsame Haltung zu den wichtigsten Fragen, denen wir uns gegenübersehen. Wir sind entschlossen, uns diesen Fragen gemeinsam im Geiste der Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortung zu stellen.

2.

Wir alle beobachten mit Sorge die anhaltenden Bedrohungen der internationalen Sicherheit und Stabilität. Dauerhafter Friede läßt sich nur auf der Grundlage der Achtung vor der Freiheit und Würde der Völker und des Einzelnen schaffen. Wir appellieren an alle Regierungen, in internationalen Angelegenheiten Zurückhaltung zu üben und verantwortlich zu handeln sowie darauf zu verzichten, Krisen und Spannungen auszunutzen.

3.

Bezüglich des Nahen Ostens sind wir weiterhin überzeugt, daß eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts gefunden werden muß. Wir alle bedauern die derzeitige Eskalation der Spannung und die anhaltenden Gewalttaten im Nahen Osten. Insbesondere sind wir zutiefst von dem Ausmaß der Zerstörungen besonders im Libanon und von den schweren Verlusten unter der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten betroffen. Wir fordern alle Staaten und Parteien auf, Zurückhaltung zu üben und insbesondere auf Vergeltung zu verzichten, die nur zur Eskalation führt, und Handlungen zu unterlassen, die in der gegenwärtigen gespannten Lage in diesem Gebiet zu weiterem Blutvergießen und Krieg führen könnten.

4.

Wir sind in diesem Zusammenhang insbesondere über das tragische Schicksal des libanesischen Volkes besorgt. Wir unterstützen die derzeitigen Bemühungen, die es dem Libanon ermöglichen sollen, zu echter nationaler Aussöhnung, innerer Sicherheit und zum Frieden mit seinen Nachbarn zu gelangen.

5.

In den Ost-West-Beziehungen sind wir ernsthaft über den fortdauernden Aufbau sowjetischer militärischer Macht besorgt. Unsere Sorge wird durch sowjetisches Vorgehen verschärft, das mit der Wahrung von Zurückhaltung und mit verantwortlichem Handeln in internationalen Angelegenheiten nicht vereinbar ist. Wir selbst benötigen daher eine starke Verteidigungsfähigkeit. Wir werden fest auf einem Gleichgewicht der militärischen Fähigkeiten und auf politischer Zurückhaltung bestehen. Wir sind zu Dialog und Zusammenarbeit bereit, soweit die Sowjetunion dies ermöglicht. Wir sind davon überzeugt, daß es wichtig ist, bei dem Bemühen um unverminderte Sicherheit auf niedrigerem Rüstungs- und Ausgabenniveau auf

ausgewogene und verifizierbare Abkommen im rüstungskontrollpolitischen und Abrüstungsbereich hinzuarbeiten.

6.

Wir begrüßen die Tatsache, daß westliche Länder auf der Madrider Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa soeben eine weitere bedeutende Initiative ergriffen haben. Diese Initiative zielt darauf ab, das Gebiet festzulegen, in dem die Maßnahmen gelten sollen, die die vorgeschlagene Konferenz über Abrüstung in Europa aushandeln wird. Gleiche Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß westliche Länder eine Reihe von Maßnahmen für den Bereich der Menschenrechte vorgeschlagen haben, die Menschen neue Hoffnung geben sollen, die ihrer Freiheit beraubt wurden. Wir glauben, daß die Annahme dieser Initiativen durch die Sowjetunion einen ausgewogenen Abschluß der Madrider Konferenz und eine wesentliche Verminderung der Spannung in Europa ermöglichen würde.

7.

Zu Afghanistan, über das wir auf dem letztjährigen Gipfeltreffen in Venedig unsere feste und einmütige Haltung öffentlich dargelegt haben, stellen wir fest, daß die Lage unverändert geblieben ist. Mit der überwältigenden Mehrheit der Völker verurteilen wir daher auch weiterhin die militärische Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion. Wir unterstützen internationale Bemühungen, den vollständigen Abzug sowjetischer Truppen herbeizuführen und dem afghanischen Volk, das einen Befreiungskrieg führt, sein Recht wieder zurückzugeben, über seine Zukunft selbst zu bestimmen.

8.

Da wir der festen Meinung sind, daß das kambodschanische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat, begrüßen und unterstützen wir die Erklärung der internationalen Kambodscha-Konferenz.

9.

Gemeinsam mit anderen Staaten und regionalen Organisationen sind wir entschlossen, das Erforderliche zu tun, um regionale Sicherheit zu erhöhen und einen auf der Unabhängigkeit und Würde souveräner Nationen gegründeten Frieden zu gewährleisten. Alle Völker sollten ohne Furcht vor äußerer Einmischung ihren eigenen Weg frei bestimmen können. Zu diesem Zweck werden wir auch weiterhin die friedliche Lösung von Streitfragen fördern und uns der ihnen zugrunde liegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme annehmen. Wir bekräftigen erneut unsere Überzeugung, daß Achtung vor der Unabhängigkeit und echte Ungebundenheit für internationalen Frieden und internationale Sicherheit wichtig sind.

10.

Wir erinnern an unsere auf dem Gipfeltreffen in Venedig verabschiedete Erklärung über die Flüchtlinge und geben unserer ernsthaften Sorge über die wachsende Not Ausdruck, in der sich Flüchtlinge überall in der Welt befinden. Wir bekräftigen erneut unsere Unterstützung für internationale Hilfsmaßnahmen und unseren Appell an alle Regierungen, alles zu unterlassen, was einen massiven Flüchtlingsstrom auslösen könnte.

Erklärung über den Terrorismus

Ottawa, 20. Juli 1981

1.

Ernstlich besorgt über die aktive Unterstützung des internationalen Terrorismus durch die Bereitstellung von Geld und Waffen für Terroristengruppen und über die Terroristen gebotenen Zufluchts- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie über fortgesetzte Gewalttaten und anhaltenden Terrorismus, wie beispielsweise Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und Angriffe gegen Personal und Gebäude diplomatischer und konsularischer Vertretungen, bekräftigen die Staats- und Regierungschefs erneut ihre Entschlossenheit, solche flagranten Verletzungen des Völkerrechts mit Nachdruck zu bekämpfen. Unter Hinweis darauf, daß alle Länder durch terroristische Handlungen unter Mißachtung der menschlichen Grundrechte bedroht sind, bekunden sie ihre Entschlossenheit, innerhalb der Völkergemeinschaft Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung solcher Handlungen zu verstärken und auszuweiten.

2.

Die Staats- und Regierungschefs sind über die jüngsten Flugzeugentführungen besonders besorgt, die die Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt bedrohen. Sie erinnern an die in der Bonner Erklärung von 1978 enthaltenen Grundsätze, die sie bekräftigen, und stellen fest, daß mehrere Flugzeugentführungen von gewissen Staaten nicht im Einklang mit deren völkerrechtlichen Verpflichtungen behandelt worden sind. Sie fordern die betroffenen Regierungen auf, ihren Verpflichtungen rasch nachzukommen und so zur Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt beizutragen.

3.

Die Staats- und Regierungschefs sind überzeugt, daß im Falle der Entführung einer Maschine der Pakistan International Airlines im vergangenen März das Verhalten der Regierung Babrak Karmal in Afghanistan sowohl während der Entführung wie auch später durch die Aufnahme der Flugzeugentführer in flagrantem Gegensatz zu ihren internationalen Verpflichtungen auf Grund der Haager Konvention, der Afghanistan beigetreten ist, stand und steht und eine ernsthafte Bedrohung der Luftsicherheit darstellt. Die Staats- und Regierungschefs schlagen daher vor, alle Flüge nach und von Afghanistan in Ausführung der Bonner Erklärung auszusetzen, sofern Afghanistan nicht unverzüglich Maßnahmen ergreift, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Außerdem fordern sie alle Staaten auf, die ihre Sorge um die Luftsicherheit teilen, geeignete Schritte zu unternehmen, um Afghanistan zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu veranlassen.

4.

Die Staats- und Regierungschefs erinnern an die Erklärung von Venedig über die Geiselnahme diplomatischen Personals und befürworten eine fortdauernde Zusammenarbeit im Falle von Angriffen auf Einrichtungen oder Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen einer ihrer Regierungen. Sie verpflichten sich, daß ihre Regierungen im Falle solcher Ereignisse sich sofort über geeignete Gegenmaßnahmen konsultieren werden.

Außerdem beschließen sie, daß jeder Staat, der in der Erklärung von Venedig verurteilte Handlungen unmittelbar unterstützt oder dazu anstiftet, eine rasche internationale Reaktion gewärtigen muß. Es wurde vereinbart, Informationen über terroristische Bedrohungen und Tätigkeiten auszutauschen und Maßnahmen der Zusammenarbeit zu erkunden, wie terroristische Akte behandelt werden können, wie ihnen entgegengetreten werden kann, wie bestehende antiterroristische Abkommen wirksamer durchgeführt und wie weitere Beitritte zu diesen Abkommen erreicht werden können.